

Rastatt-Plittersdorf

Bebauungsplan „Rheinpromenade“ in Rastatt-Plittersdorf

Stellungnahmen zum Bebauungsplanentwurf vom 6. September 2021

Stand 10. Januar 2021

Behandlung der Stellungnahmen aus:

- Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB in der Zeit vom 8. November 2021 bis einschließlich 8. Dezember 2021
- Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB
- Frühzeitige Beteiligung der Nachbarkommunen gemäß § 2 Abs. 2 BauGB

Seitens der Öffentlichkeit sind keine Anregungen eingegangen.

BEHÖRDEN / TÖB	Stellungnahmen der Behörden	Behandlungsvorschlag der Verwaltung
1 Regierungspräsidium Stuttgart Landesamt für Denkmalpflege, Stellungnahme vom 23. November 2021	<p>a. Bau- und Kunstdenkmalpflege: Belange der Bau- und Kunstdenkmalpflege sind, soweit dies aus den Planunterlagen ersichtlich ist, nicht direkt betroffen.</p> <p>b. Archäologische Denkmalpflege: Durch die Planung ist ein archäologischer Prüffall gem. DSchG BW betroffen:</p> <ul style="list-style-type: none">• Mittelalterliche Wüstung Plittersdorf mit Kirche (MA 1, ADAB-Id. 102313244, s. Anlage) <p>Wir bitten um nachrichtliche Übernahme in die Planunterlagen.</p> <p>Es wird dezidiert auf die Einhaltung der Bestimmungen der §§ 20 und 27 DSchG verwiesen. Sollten bei der Durchführung der Maßnahme archäologische Funde oder Befunde entdeckt werden, sind gemäß § 20 DSchG Denkmalbehörde oder Gemeinde umgehend zu benachrichtigen. Archäologische Funde (Steinwerkzeuge, Metallteile, Keramikreste, Knochen etc.)</p>	<p>a. Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.</p> <p>b. Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen und berücksichtigt</p> <p>Die Information wurde in die Hinweise eingearbeitet.</p>

Bebauungsplan „Rheinpromenade“ in Rastatt-Plittersdorf

Behandlung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sowie der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB

	<p>oder Befunde (Gräber, Mauerreste, Brandschichten, bzw. auffällige Erdverfärbungen) sind bis zum Ablauf des vierten Werktages nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten, sofern nicht die Denkmalschutzbehörde oder das Regierungspräsidium Stuttgart (Referat 84.2) mit einer Verkürzung der Frist einverstanden ist. Auf die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten (§ 27 DSchG) wird hingewiesen. Bei der Sicherung und Dokumentation archäologischer Substanz ist zumindest mit kurzfristigen Leerzeiten im Bauablauf zu rechnen.</p> <p>Wir bitten, diesen Hinweis in die Planunterlagen einzufügen und das Landesamt für Denkmalpflege darüber in Kenntnis zu setzen.</p>	
<p>2 Landratsamt Rastatt Forstamt Bezirksleitung Rastatt, Stellungnahme vom 30. November 2021</p>	<p>Aus forstlicher Sicht ist von der geplanten Fläche der Rheinpromenade lediglich das Flurstück 5788 nach §2 LWaldG Baden-Württemberg per Definition mit Wald bestockt.</p> <p>In dem Waldabschnitt, der an einen größeren zusammenhängenden Waldverbund angrenzt, ist laut Plan eine Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung in Form einer Wendeschleife für den Busverkehr geplant.</p> <p>Für die Umwandlung von Wald in eine andere Landnutzungsform ist laut §9 LWaldG Baden-Württemberg eine sogenannte Waldumwandlungsgenehmigung erforderlich. Diese ist als Antrag von der Stadt Rastatt über die untere Forstbehörde an die Forstdirektion Freiburg zu stellen.</p> <p>Da weder laut Plan bauliche Maßnahmen mit Feuerstätten noch Gebäuden, die den Waldabstand von 30 Metern nach §4 Abs. 3 Landesbauordnung Baden-Württemberg unterschreiten, geplant sind, besteht hier kein Handlungsbedarf.</p>	<p>Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.</p> <p>Ein Antrag auf Waldumwandlungserklärung wurde mit Schreiben vom 16. November 2021 über die örtlich zuständige Untere Forstbehörde eingereicht. Im Zuge der weiteren Planung wird rechtzeitig vor Rodung des Waldbestands eine Waldumwandlungsgenehmigung beantragt.</p>
<p>3 Polizeipräsidium Offenburg, Stellungnahme vom 30. November 2021</p>	<p>a. Ausweisung der Verkehrsflächen als verkehrsberuhigter Bereich (VZ 325)</p> <p>Gemäß der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur StVO kann ein verkehrsberuhigter Bereich für einzelne Straßen oder Bereiche in Betracht kommen, wenn diese nur von sehr geringem Verkehr frequentiert werden und die Aufenthaltsfunktion überwiegt.</p>	<p>a. Der Vorschlag wurde berücksichtigt.</p> <p>Als Verkehrsfläche besondere Zweckbestimmung sind Fläche zum Abstellen von Reisbusse und PKW festgesetzt. Die Fahrbahn wurde als Straßenverkehrsfläche abgebildet und begründet. Weitere verkehrs-</p>

Bebauungsplan „Rheinpromenade“ in Rastatt-Plittersdorf

Behandlung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sowie der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB

	<p>Ferner sollen mit Ausnahme von Parkflächenmarkierungen keine weiteren Verkehrszeichen angeordnet werden. Die zum Parken bestimmten Flächen sollen nicht durch VZ 314 gekennzeichnet werden, sondern durch Markierung, die auch durch Pflasterwechsel erzielt werden kann. Die Verkehrsfläche nimmt über ein Drittel der Fläche des Geltungsbereichs ein. Die Verwendung als Park- und Haltefläche für Individual-/Linien- und Reiseverkehr lässt eine entsprechend hohe Frequentierung durch Kraftfahrzeugverkehr erwarten. Von einer Aufenthaltsfunktion kann daher kaum die Rede sein. Außerdem wird zur Verkehrslenkung neben Parkplatzbeschilderungen auch weitere Verkehrszeichen notwendig sein, wie beispielweise eine vorgeschriebene Fahrtrichtung und dem Verbot der Einfahrt. Eine Ausweisung als verkehrsberuhigter Bereich sehen wir daher als nicht umsetzbar. Aufgrund der gegebenen Gefahrenlage durch viele Tagesgäste/-touristen, Nutzer des ÖPNV, des Flussreiseverkehrs, etc. wird eine Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h nach VZ 274-30 vorgeschlagen.</p> <p>b. Haltestellen für Flussreisetouristik</p> <p>Bei der vorgesehenen Fläche für den Bustransfer sind keine barrierefreien Einstiegsmöglichkeiten analog zur ÖPNV-Haltestelle ersichtlich. Aufgrund der Annahme, dass viele Flussfahrtreisende eher der Altersgruppe der Senioren angehören, wird ein barrierefreier Ausbau empfohlen.</p>	<p>rechtliche Anordnungen sind nicht Gegenstand des Bebauungsplans.</p> <p>b. Der Vorschlag kann nicht berücksichtigt werden.</p> <p>Aufgrund der verfügbaren Flächen, dem gebotenen sparsamen Verbrauch unversiegelter Flächen, schonendem Umgang mit dem Auwald und aus den fahrgeometrischen Zwängen durch die großen Reisebusse, ist eine barrierefreie Ausstattung der Halte- und Wartebereiche für die Reisebusse mit entsprechenden Busbordsteinen und Bodenindikatoren nicht möglich. Eine barrierefreie Anfahrt würde den Flächenverbrauch und Eingriff in den Retentionsraum bei Hochwasser weiter steigern. Aufgrund der fehlenden Vorflut zur Sammlung und Ableitung von Oberflächenwasser ist eine breitflächige oberflächige Entwässerung geplant. Weitere Einbauten wie Bordsteine mit Anschlag würden die Entwässerung entsprechend einschränken und eine Sammlung erfordern. Ziel der Entwässerung ist es jedoch, das anfallende Wasser nicht in den Rhein abzuleiten, sondern ortsnah flächig über Bankette und Böschung zu entwässern, so dass Verdunstung</p>
--	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

	<p style="text-align: center;">c. Anordnung der Parkplätze</p> <p>Die meisten Parkplätze sind als Senkrechtparkplätze angeordnet und entsprechen den Regelungen der RAST 06. Dennoch wird unsererseits zum besseren Ein-/Ausfahren eine Schrägaufstellung empfohlen. Unter Beibehaltung der vorgesehenen Anordnung ist vermehrt mit Verkehrsunfällen im ruhenden Verkehr zu rechnen. Da die Räumung der Unfallstelle erst nach dem Erscheinen der Polizei erfolgt, ist temporär mit deutlichen Behinderungen für den Fahrverkehr, insbesondere des Busverkehrs, und Gefährdungen von Fußgängern zu rechnen.</p>	<p>und Grundwasserneubildung möglichst gering beeinträchtigt werden. Gleichzeitig, aber nur nachrangig möchte man sich für mögliche Feste, Veranstaltungen die Möglichkeit offen halten, die Reisebusabstellfläche mitnutzen zu können. Entsprechende Einbauten mit Bordsteinen etc. würden dem entgegenstehen. Ein einfaches Zu- und Aussteigen in die Reisebusse ist ein wichtiges Anliegen, jedoch sind die zu erwartenden Fahrzeuge selbst nicht barrierefrei ausgestattet, sodass eine weitere Stufe keine unzumutbare Belastung darstellt. Aus diesen Gründen wurde der Vorschlag nicht in die Planung übernommen.</p> <p style="text-align: center;">c. Der Vorschlag kann nicht berücksichtigt werden.</p> <p>Für die Anordnung der Stellplätze wurden mehrere Varianten untersucht, u.a. auch eine Schrägaufstellung. Für das Ein- und Ausfahren in den fließenden Verkehr bieten diese, bei dem größtenteils geplanten Einrichtungsverkehr, sicher Vorteile für die Beobachtung des Verkehrs. Dennoch wurde abgewogen und unter dem Gesichtspunkt des Baumerhalts und des größeren Flächenverbrauchs bzw. geringerer Stellplatzanzahl bei Schrägaufstellung, größtenteils der Senkrechtaufstellung als platzsparendere, den Eingriff mindernde Bauweise der Vorzug gegeben. Für eine besseres Ein- und Aussteigen sowie mehr Freiraum zur Beobachtung des Verkehrs sind statt den Mindestabmessungen der RAST 06 mit 2,60m Mindestbreite großzügigere Parkplätze eingeplant. Aus diesen Gründen wurde der Vorschlag in die Planung nicht übernommen.</p>
<p>4 Regierungspräsidium Karls-</p>	<p>Sie haben uns als Höhere Naturschutzbehörde (HNB) mit Email vom 29.10.2021 im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange den Entwurf eines Bebauungsplans zur Stellungnahme</p>	<p>Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.</p>

Bebauungsplan „Rheinpromenade“ in Rastatt-Plittersdorf

Behandlung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sowie der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB

	<p>WHG gilt ein generelles Bauverbot in Überschwemmungsgebieten, welches jedoch mit einer wasserrechtlichen Ausnahmegenehmigung von der Baurechtsbehörde im Einvernehmen mit der Gemeinde (§ 84 Abs.1 und.2 WG) überwunden werden kann. In diesem Zusammenhang verweisen wir zusätzlich auf § 78a Abs. 1 Nr. 8 WHG, in dem eine Umwandlung eines Auenwaldes in eine andere Nutzungsart untersagt ist. Die besonderen Ausnahmetatbestände des § 78a Abs. 2 WHG sind daher mit der zuständigen Wasserbehörde zu prüfen. Für die Waldwandlung gem. §10 LWaldG i.V.m. §9 LWaldG ist eine entsprechende Wasserrechtliche Ausnahmegenehmigung im festgesetzten Überschwemmungsgebiet erforderlich.</p> <p>c. Natura2000 – Erheblichkeitsabschätzung Zusätzlich grenzt die Bauleitplanung unmittelbar an das FFH-Gebiet 7015-341 „Rheinniederung zwischen Wintersdorf und Karlsruhe“, an das Vogelschutzgebiet „Rheinniederung von der Rench- bis zur Murgmündung“ sowie an das Naturschutzgebiet „Rastatter Rheinaue“ an. Wir empfehlen eine Natura2000 – Erheblichkeitsabschätzung durchzuführen.</p> <p>Der Waldanteil auf Gemarkung Rastatt ist mit 23% im Vergleich zum Landesdurchschnitt deutlich unterdurchschnittlich bewaldet. Nach Landesentwicklungsplan ist der Planbereich der Raumkategorie „Randzone um die Verdichtungsräume“ zugeordnet.</p> <p>d. Forstrechtliches Verfahren Entsprechend obiger Ausführungen sind mit dem vorliegenden Bebauungsplan Waldinanspruchnahmen im Sinne von § 10 LWaldG verbunden. Nach § 10 LWaldG ist eine Zustimmung der Höheren Forstbehörde zwingend erforderlich, wenn für Flächen im Sinne von § 2 LWaldG im Bebauungsplan eine andere Nutzungsart (hier: Verkehrsfläche und Öffentliches Grün, Straßenbegleitgrün) dargestellt werden soll. Diese Umwandlungserklärung ist als „sonstige Rechtsvorschrift“ im Sinne von § 6 Abs. 2 BauGB anzusehen. Somit kann eine derartige Bauleitplanung erst rechtskräftig werden, wenn nach Durchführung eines forstrecht-</p>	<p>Eine wasserrechtliche Ausnahmegenehmigung wird zur gegebenen Zeit beantragt.</p> <p>c. Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen. Ein Vorprüfung Natura 2000 wurde zur Offenlage erarbeitet. Der umzuwandelnde Wald liegt außerhalb von Natura 2000-Gebieten.</p> <p>d. Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen. Ein Antrag auf Waldumwandlungserklärung wurde mit dem Schreiben vom 16. November 2021 über die örtlich zuständige Untere Forstbehörde eingereicht. Im Zuge der weiteren Planung wird rechtzeitig vor Rodung des Waldbestands eine Waldumwandlungsgenehmigung beantragt.</p>
--	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Bebauungsplan „Rheinpromenade“ in Rastatt-Plittersdorf

Behandlung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sowie der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB

	<p>lichen Umwandlungsverfahrens gemäß § 10 i.V.m. § 9 LWaldG die Umwandlungserklärung vorliegt. Das Verfahren wird nur auf Antrag eingeleitet.</p> <p>Die entsprechenden Antragsunterlagen (Lageplan, forstrechtliche Ausgleich, wasserrechtliche Ausnahmegenehmigung für die Umwandlung eines Auewaldes im Überschwemmungsgebiet) sind über die örtlich zuständige Untere Forstbehörde hierher einzureichen. Bei Vorliegen der vollständigen Unterlagen prüft die Höhere Forstbehörde gemäß § 10 Abs. 1 LWaldG, ob die materiellrechtlichen Voraussetzungen für eine Waldumwandlungsgenehmigung nach § 9 LWaldG vorliegen.</p> <p><u>Forstrechtliche Ausgleich:</u></p> <p>Soweit die Genehmigung der Waldumwandlung in Aussicht gestellt werden kann, erteilt die Höhere Forstbehörde darüber eine Waldumwandlungserklärung (§ 10 Abs. 2 LWaldG). Zur Gewährleistung der Voraussetzungen sind auch Nebenbestimmungen festzusetzen.</p> <p>Da die Gemarkung Rastatt mit rund 23% Bewaldungsprozent deutlich unterdurchschnittlich bewaldet ist, ist hier mindestens ein flächengleicher Ausgleich durch Ersatzaufforstung in räumlicher Nähe erforderlich. In den Unterlagen wird eine Aufforstungsfläche in der Größenordnung von ca. 0,25 ha im Gewann „Krautstücker“ auf Gemarkung Plittersdorf (Flurstück-NR. 7129 und 7130) angegeben, die wir in dieser Form mittragen.</p> <p>e. Umweltbericht</p> <p>In den zur Verfügung gestellten Unterlagen fehlt bisher der Umweltbericht nach § 2 Abs. 4 BauGB. Dieser wird nach der frühzeitigen Beteiligung noch erstellt. Die forstrechtlichen Belange (Waldinanspruchnahme, Eingriffsminimierung, forstrechtliche Ausgleich, wasserrechtliche Ausnahmegenehmigung im Überschwemmungsgebiet § 78a Abs.1 Nr. 8 WHG) sind darin vollumfänglich als eigenständiges Kapitel abzuhandeln.</p> <p>f. Zur Waldumwandlungserklärung im B-Plan-Verfahren</p> <p>Die Umwandlungserklärung nach § 10 LWaldG wird sowohl für Flächennutzungspläne als auch für Bebauungspläne erteilt. Ist sie für den Bebauungsplan erteilt worden und wird auf dieser Grundlage ein Flächennutzungsplan aufgestellt, so braucht keine neue Umwandlungserklärung</p>	<p>e. Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen und berücksichtigt.</p> <p>Ein Umweltbericht mit eigenständigem Kapitel zur Waldinanspruchnahme wurde zur Offenlage erarbeitet.</p> <p>f. Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.</p> <p>Eine Änderung des Flächennutzungsplans ist nicht notwendig.</p>
--	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Bebauungsplan „Rheinpromenade“ in Rastatt-Plittersdorf

Behandlung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sowie der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB

	<p>erteilt zu werden. Eine Beteiligung der Höheren Forstbehörde nach § 10 Abs. 1 LWaldG ist jedoch auch in diesem Fall erforderlich. Die Höhere Forstbehörde muss die für den Bebauungsplan erteilte Umwandlungserklärung für den Flächennutzungsplan bestätigen. Darauf aufbauend wird nach § 9 LWaldG die eigentliche Waldumwandlungsgenehmigung erteilt.</p> <p>g. Bebauungsplan Geltungsbereich Exkurs: Abbildung von Waldflächen im Bebauungsplan „Rheinpromenade“ Folgende Ausführungen gelten als bauplanungsrechtlichen Hinweis für den Bebauungsplan: Der B-Plan orientiert sich an der aktuellen Flurstückslinie des Flurstücks-Nr. 5788/0 und integriert ca. 0,1 ha Wald des Stadtwaldes Rastatt. Nach Auffassung des Bundesverwaltungsgerichtes dürfen im Bebauungsplan keine Waldflächen als Wald im Sinne des § 9 Abs.1 Nr. 18 b abgebildet werden, sofern dies nicht im Interesse der Förderung der Forstwirtschaft liegt. Wald kann nur im Sinne des § 9 Abs. 1 Nr. 18b im B-Plan abgebildet werden, wenn es sich im Wesentlichen um Neuaufforstungen oder Ersatzaufforstungen handelt. Die Waldfläche im Südosten ist hinreichend über das BWaldG bzw. LWaldG rechtlich gesichert. Wir bitten daher die Bebauungsgrenze an die vorliegende öffentliche Grünfläche zu begrenzen und die Waldfläche im Südosten aus dem B-Plan herauszunehmen.</p> <p>h. Waldabstand § 4 Abs. 3 LBO zu den Parkplatzflächen/Bushaltestelle</p> <p>Bei den geplanten baulichen Anlagen (Parkplatzflächen und ein Teilbereich der geplanten Bushaltestelle) wird die Waldabstandsvorschrift nach § 4 Abs. 3 LBO unterschritten. Der Waldabstand wurde gem. § 4 Abs. 4 Nr. 6 LBOVVO im zeichnerischen Teil eingetragen. Bei einer Unterschreitung des Waldabstandes zu diesen baulichen „Nebenanlagen“ bestünde eine erhöhte Verkehrssicherungspflicht ohne Wuchshöhenbeschränkung gegenüber der Waldeigentümerin Stadt Rastatt.</p> <p>Alternativ hierzu kann ein öffentlich-rechtlicher Vertrag mit Grundbuchs-</p>	<p>g. Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen und berücksichtigt Waldbereiche wurden aus dem Geltungsbereich des Bebauungsplans zur Offenlage rausgenommen.</p> <p>h. Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen und berücksichtigt Es gilt erhöhte Verkehrssicherungspflicht auf dem Bereich des Parkplatzes und der Bushaltestelle. Die Information wurde als Hinweis übernommen.</p>
--	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Bebauungsplan „Rheinpromenade“ in Rastatt-Plittersdorf

Behandlung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sowie der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB

	<p>cherung oder Eintrag ins Baulastenverzeichnis zur Schaffung einer atypischen Gefahrenlage in einer Tiefe von mindestens 20 bis 30 m für die Waldflurstücke 5748/2 und T.v. 5788 abgeschlossen werden. Der Waldrandbereich des angrenzenden Stadtwaldes Rastatt soll abgestuft und entsprechend gepflegt werden. Diese ist zwischen dem Landratsamt Rastatt (Untere Forst- und Naturschutzbehörde), Höhere Naturschutzbehörde beim Regierungspräsidium Karlsruhe (wegen NSG-Betroffenheit), untere Baurechtsbehörde (Stadt Rastatt) und Grundeigentümerin und Bewirtschafterin (Stadt Rastatt – Forst und Liegenschaften) abzuschließen. Darin sind die Waldeigenschaft nach § 2 LWaldG und die Bewirtschaftungsweise des 15 bis 30m breiten Waldstreifens mit Wuchshöhenbeschränkung (in Form eines Niedrigwaldes) auf den Waldflurstücken 5748/2 und T.v. 5788 mit einer Kartenskizze zu regeln. Bei einem Niedrigwald handelt es sich um einen stufigen Waldrand, dessen Bäume zukünftig eine bestimmte Höhe nicht mehr überschreiten dürfen. Die maximale Oberhöhe der Bäume ergibt sich aus dem Abstand der geplanten baulichen Nebenanlagen (hier: v.a. Parkplatzflächen und Bushaltestellen) zum Baumfuss. Bei der erstmaligen Herstellung des Niedrigwaldes (Gefährdungsbereich) sind alle Bäume zu entfernen, die den Abstand zu den geplanten baulichen Nebenanlagen (Parkplatzfläche und Bushaltestellen) überschreiten. Etwaige naturschutzrechtliche wie – fachliche Belange sind in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen. Dieser Vertrag sollte nachfolgend in die Forsteinrichtung des städtischen Forstbetriebes Rastatt einfließen bzw. dokumentiert werden.</p>	
<p>6 Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Stellungnahme vom 7. Dezember 2021</p>	<p>Bei der o.a. Maßnahme bestehen, bei gleichbleibender Sach- und Rechtslage, seitens der Bundeswehr aus liegenschaftsmäßiger, infrastruktureller und schutzbereichsmäßiger Sicht zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Bedenken. Die Belange der Bundeswehr sind berührt, aber nicht betroffen.</p> <p><u>Hinweis:</u> Im Bereich der vorliegenden Bebauungsplanung „RHEINPROMENADE“ in PLITTERSDORF ist die Landesstraße L 77 als Axialstraße 771 Be-</p>	<p>Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen und berücksichtigt.</p> <p>Profil und Beschaffenheit der L77 werden nicht verändert. An der L77 sind im Zuge der Maßnahme keine bauli-</p>

Bebauungsplan „Rheinpromenade“ in Rastatt-Plittersdorf

Behandlung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sowie der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB

	<p>standteil des Militär-Straßen-Grund-Netz (MSGN). Für Baumaßnahmen welche das MSGN bzw. die L 77 im Plangebiet betreffen, sollen die Richtlinien für die Anlage und den Bau von Straßen für militärische Schwerfahrzeuge RABS (Allgemeines Rundschreiben Straßenbau 22/1996) beachtet werden. Im weiteren Verfahren ist das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr unter Angabe meines Zeichens V-201-21-BBP weiterhin zu beteiligen.</p>	<p>chen Veränderungen geplant. Aufbau und Querschnitt bleiben hinsichtlich der Dimensionierung und Fahrbahnbreiten erhalten. Eingriffe baulicher Art finden nur, soweit nötig, zum Anschluss der Parkplatzzufahrten sowie zur Ausstattung der Querungsstellen mit Bodenindikatoren für barrierefreie Querungen statt. Die Information wurde als Hinweis übernommen.</p>
<p>7 Landratsamt Rastatt, Stellungnahme vom 7. Dezember 2021</p>	<p>a. Naturschutz</p> <p>Die Stadt Rastatt hat die Aufstellung des Bebauungsplans „Rheinpromenade“ in Rastatt-Plittersdorf beschlossen. Die Untere Naturschutzbehörde nimmt in Abstimmung mit dem zuständigen Naturschutzbeauftragten zur frühzeitigen Beteiligung vorläufig fachlich Stellung. Der Geltungsbereich umfasst die Flurstücke 5788, 5788/1, 5787/2 und 5787 und ist 1,05 ha groß. Durch den Bebauungsplan soll das Erholungsgebiet geordnet und der Schutz der Natur gewährleistet werden. Vorgesehen sind u.a. Sitzgelegenheiten, eine Liegewiese, eine Sanitäranlage und ein neues Parkplatzkonzept für Pkw und Fahrräder. Der Geltungsbereich liegt in unmittelbarer Nähe zum Naturschutzgebiet „Rastatter Rheinaue“, zu Teilen im Vogelschutzgebiet „Rheinniederung von der Rench- bis zur Murgmündung“ und dem FFH-Gebiet „Rheinniederung zwischen Wintersdorf und Karlsruhe“. Dies ist in der weiteren Planung zu berücksichtigen. Der Bebauungsplan sieht in geringem Umfang die Überplanung von Waldflächen vor, weshalb eine Waldumwandlungsgenehmigung einschließlich Ausgleichsmaßnahmen erforderlich wird.</p> <p>Aktuell liegen noch keine relevanten arten- und naturschutzfachlichen Unterlagen vor. Der Umweltbericht, die FFH-Verträglichkeitsstudie und das Artenschutzgutachten einschließlich Eingriffs-/ Ausgleichsbilanzierung und Vorschlägen zu Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen sind laut Vorhabenträger derzeit in Erstellung. Erst nach Vorliegen der Unterlagen kann durch die Untere Naturschutzbehörde eine Beurteilung des Vorhabens erfolgen. Der vorliegende artenschutzfachliche Erfassungsbericht</p>	<p>a. Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen und berücksichtigt.</p> <p>Eine ökologische Baubegleitung wurde in die Hinweise eingearbeitet.</p>

Bebauungsplan „Rheinpromenade“ in Rastatt-Plittersdorf

Behandlung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sowie der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB

	<p>legt jedoch bereits jetzt nahe, dass es zu einer Betroffenheit planungsrelevanter Tierarten kommen wird. Es sind entsprechende Schutzmaßnahmen in der Planung vorzusehen. Aus Sicht der Unteren Naturschutzbehörde wird bei Durchführung der Baumaßnahmen und vorbereitenden Tätigkeiten (z.B. Baufeldfreimachung) der Einsatz einer Ökologischen Baubegleitung und die Festlegung von Bauzeitenbeschränkungen als notwendig erachtet.</p> <p>Umweltamt:</p> <p>b. Immissionsschutz Keine Einwendungen.</p> <p>c. Hochwasserschutz Das betroffene Plangebiet in Rastatt/Plittersdorf wird laut den veröffentlichten Hochwassergefahrenkarten (HWGK) bei einem 100-jährlichem Hochwasser (HQ100) überflutet. Nach den HWGK kann es zu Überflutungstiefen von bis zu 0,9 m kommen, die berechneten Wasserspiegellagen bei HQ100 liegen bei 114,4 mÜNN (auf Dezimeter gerundet). Nach § 65 Abs. 1 Wassergesetz für Baden-Württemberg (WG) liegen die Flächen, die bei einem 100-jährlichen Hochwassers (HQ100) überflutet werden, in einem festgesetzten Überschwemmungsgebiet (ÜSG).</p> <p>In festgesetzten Überschwemmungsgebieten ist die Ausweisung neuer Baugebiete im Außenbereich nach § 78 Abs. 1 WHG grundsätzlich untersagt. Die Ausweisung neuer Baugebiete kann nur bei Vorliegen aller Voraussetzungen des § 78 Abs. 2 WHG ausnahmsweise zugelassen werden.</p> <p>d. Gewässerrandstreifen Das Bauvorhaben ist in unmittelbarer Nähe Rhein, einem Gewässer I. Ordnung, geplant. Nach § 38 WHG und § 29 WG sind demnach die festgesetzten Gewässerrandstreifen von zehn Meter im Außenbereich Breite ab Bemessungslinie (bei Gewässern mit ausgeprägter Böschungsoberkante ab der Böschungsoberkante, sonst die Linie des Mittelwasserstandes) im Innenbereich einzuhalten. Hier sind u. a. verboten:</p>	<p>b. Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.</p> <p>c. Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen. Ein wasserrechtliche Ausnahmegenehmigung nach §78 Abs. 2 WHG wird parallel zur Baugenehmigung für die Sanitäranlage und Kiosk eingeholt.</p> <p>d. Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen und berücksichtigt. Diese Vorgaben sind in der Planung im Geltungsbereich des Bebauungsplans eingehalten. Die Information wurde als Hinweis übernommen und begründet.</p>
--	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

	<p>die Errichtung von baulichen und sonstigen Anlagen (hierzu zählen auch befestigte Wege, Stützen etc.), das Entfernen von standortgerechten Bäumen und Sträuchern sowie das Neuanpflanzen von nicht standortgerechten Bäumen und Sträuchern, die nicht nur zeitweise Ablagerung von Gegenständen, die den Wasserabfluss behindern können oder die fortgeschwemmt werden können.</p> <p>1. Ausnahmeregelung: Befreiungen im Außenbereich (keine baurechtliche Entscheidung erforderlich) erteilt die Untere Wasserbehörde.</p> <p>e. Abwasserbeseitigung, Entwässerung Die Entwässerungskonzeption soll bis zur Entwurfsfassung ausgearbeitet werden. Diese ist mit dem Landratsamt Rastatt – Umweltamt – abzustimmen. Eine fachtechnische Stellungnahme ist erst bei Vorlage eines Entwässerungskonzepts möglich. Für die Versickerung sowie die Einleitung von Niederschlagswasser ist eine wasserrechtliche Erlaubnis erforderlich, diese ist beim Landratsamt Rastatt – Umweltamt – zu beantragen.</p> <p>f. Bodenschutz Bei der Umgestaltung der Rheinpromenade und des Parkplatzes wird auf einer größeren Fläche sowohl Boden neu versiegelt als auch entsiegelt. Um zu den geplanten Maßnahmen aus bodenschutzfachlicher Sicht Stellung nehmen zu können, muss eine Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung im Rahmen des geplanten Umweltberichtes vorgelegt werden. Sobald diese vorliegt, kann aus bodenschutzfachlicher Sicht eine Stellungnahme abgegeben werden.</p> <p>g. Altlasten Dem Umweltamt sind innerhalb des Geltungsbereichs keine im Bodenschutz- und Altlastenkataster erfassten Flächen bekannt. Die Stadt Rastatt lies Gutachten zur Baugrundbeurteilung und abfalltechnischen Erkundung (Mailänder Consult, 8. Juni 2018) sowie zu umwelttechnischen und geotechnischen Untersuchungen (gsk Krauss, 9. April 2021) erstellen, welche dem Bebauungsplan als Anlage beigefügt sind.</p>	<p>e. Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen und berücksichtigt Eine Entwässerungskonzeption wurde zur Offenlage erarbeitet und im Umweltbericht und in der Begründung beschrieben. Ein Antrag auf wasserrechtliche Erlaubnis mit dem Entwässerungskonzept (Pläne + Detail) wird zur gegebenen Zeit eingereicht.</p> <p>f. Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen und berücksichtigt Das Schutzgut Boden wurde zur Offenlage im Umweltbericht eingearbeitet.</p> <p>g. Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.</p>
--	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Bebauungsplan „Rheinpromenade“ in Rastatt-Plittersdorf

Behandlung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sowie der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB

	<p>Zur Beurteilung des Baugrunds und der abfalltechnischen Einstufung wurden im Geltungsbereich durch Mailänder Consult drei Sondierungen und Beprobungen nach VwV-Boden durchgeführt. Die Bohrpunkte befinden sich im unbebauten Grünstreifen und im Waldgebiet. Aus den Einzelproben 1 und 3 im Bereich des Parkplatzes wurde eine Mischprobe aus dem Auffüllungshorizont gebildet („MP Parkplatz“). Diese weisen erhöhte PAK-Gehalte (13 mg/kg) auf, wodurch der Boden als Z2- Material einzustufen ist.</p> <p>Für das geotechnische Gutachten von gsk wurden im Bereich der Fährwiese ebenfalls Sondierungen und Beprobungen nach VwV-Boden durchgeführt und die Asphaltdecken hinsichtlich Teerbelastungen analysiert. Die Asphaltproben zeigen erhöhte PAK-Gehalte bis 82,3 mg/kg. Die Mischprobenanalyse der Auffüllungen im Bereich der Fährwiese zeigt hingegen keine Auffälligkeiten und kann nach VwV-Boden als Z0-Material eingestuft werden.</p> <p>Gegen den Bebauungsplan gibt es aus fachtechnischer Sicht keine Einwendungen. Auf die Schadstoffbelastungen und entsprechende abfallrechtliche Einstufungen sowie die Einhaltung der Einbaukonfigurationen nach VwV-Boden wird im Bebauungsplan eingegangen. Aus fachtechnischer Sicht weisen wir darauf hin, dass im Zuge von Genehmigungsverfahren Anforderungen zu abfallrechtlichen und bodenschutzrechtlichen Belangen erfolgen können. Bei Eingriffen in die Auffüllungsbereiche ist mit Schadstoffbelastungen zu rechnen. Das Umweltamt, Fachtechnik Altlasten, ist zu beteiligen. Insbesondere gilt dies für die ordnungsgemäße Entsorgung von teerhaltigen Asphaltdecken sowie die Verwertung/Entsorgung und den Wiedereinbau von PAK-haltigem Bodenmaterial. Es wird empfohlen, vor Beginn der Maßnahmen, Untersuchungskonzepte und Verwertungs-/Entsorgungskonzepte mit dem Umweltamt abzustimmen.</p> <p>h. Niederschlagsversickerung</p> <p>Das anfallende Regenwasser soll über eine Versickerungsanlage beseitigt werden. Eine Konkretisierung erfolgt nach dem Vorliegen des Entwäs-</p>	<p>h. Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen und berücksichtigt</p>
--	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------

Bebauungsplan „Rheinpromenade“ in Rastatt-Plittersdorf

Behandlung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sowie der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB

	<p>serungskonzeptes.</p> <p>Aus fachtechnischer Sicht bestehen keine grundsätzlichen Einwendungen gegen den Bebauungsplan, es bestehen jedoch Bedenken bezüglich der Einhaltung des Mindestabstands von einem Meter zwischen der Sohle einer Sickeranlage und dem MHGW (=Mittlerer höchster Grundwasserstand). Aufgrund der Lage im Überschwemmungsgebiet und der Nähe zum Rhein kann der Grundwasserflurabstand mitunter sehr gering sein. In den umwelttechnischen Gutachten schwankt der Grundwasserspiegel je nach Standort stark. Ebenfalls kann im Bereich von Auensedimenten die Sickerfähigkeit des Bodenmaterials sehr gering sein, im Bereich von Terrassenschottern wiederum sehr hoch. Aus dem Gutachten von Mailänder Consult („Baugrundbeurteilung und abfalltechnische Erkundung“) geht zudem hervor, dass sich innerhalb des Plangebietes Bereiche mit Auffüllungen und erhöhten PAK-Gehalten befinden. Dies ist bei der Entwässerungskonzeption und der Planung der Sickeranlage zu berücksichtigen. Der Nachweis der Einhaltung des Mindestabstandes zum MHGW, der Sickerfähigkeit und der Schadlosigkeit des Bodenmaterials ist zu erbringen.</p> <p>i. Landwirtschaftsamt</p> <p>Die Stadt Rastatt plant die Schaffung planungsrechtlicher Voraussetzungen für die Errichtung eines neu entstehenden Parkplatzes für künftige Nutzungen der Rheinpromenade.</p> <p>Das Planungsgebiet liegt direkt am Rheinufer, ist nicht in der Digitalen Flurbilanz erfasst und wird nicht landwirtschaftlich genutzt. Daher bestehen keine agrarstrukturellen Bedenken gegen die Aufstellung des vorliegenden Bebauungsplanes.</p> <p>Die zur Kompensation erforderliche Aufforstung ist bereits genehmigt. Der erforderliche Retentionsausgleich kann durch die Anrechnung einer Maßnahme aus dem INTERREG Projekt Rheinpromenade erfolgen.</p> <p>Eine abschließende Beurteilung des Verfahrens kann erst erfolgen, wenn alle notwendigen Kompensations- und Ausgleichsleistungen feststehen.</p>	<p>Eine Entwässerungskonzeption wurde zur Offenlage erarbeitet (siehe Bebauungsplan-Begründung).</p> <p>Es erfolgt wie bisher eine breitflächige Entwässerung des anfallenden Straßenoberflächenwassers und flächige Versickerung über die Bankette und die Böschungflächen, die vorhandene Situation wird demzufolge nicht verändert. Gefangene Grünbereiche die im Hochwasserfall eingestaut werden, sind geplant mit einem Überlauf zur Entleerung in tiefer-liegende Bereiche auszustatten. Da eine breitflächige Ableitung des Straßenoberflächenwassers in die Grünfläche vorgesehen wird, ist an der bisherigen Entwässerungskonzeption festzuhalten.</p> <p>i. Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.</p>
--	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

	<p>j. Amt für Flurneuordnung Geoinformation und Vermessung Im Straßenbereich der Planung kommen neben den normalen Grenzsteinen auch ein Höhenfestpunkt und ein Trigonometrischer Punkt vor. Diese müssen erhalten werden oder – sofern sie durch Baumaßnahmen beschädigt werden – durch unser Amt wiederhergestellt werden. Es gibt keine weiteren Anregungen oder Bedenken.</p> <p>k. Fachbereich Flurneuordnung Belange der Flurneuordnung sind nicht betroffen. Es gibt keine Anregungen und Bedenken.</p> <p>l. Straßenbauamt Von dem Vorhaben ist die L 77 betroffen, weshalb hier das Regierungspräsidium Karlsruhe – Abteilung 4 am Verfahren zu beteiligen ist.</p> <p>m. Kreisbrandmeister/Löschwasserversorgung Die Flächen für die Feuerwehr, wie Zu- und Durchfahrten sowie Aufstell- und Bewegungsflächen dürfen durch die bauliche Umgestaltung nicht eingeschränkt werden. Dies gilt speziell für die Zufahrt zur Slip Stelle (Nato-Rampe) mit Gespannen der Feuerwehr (Großfahrzeuge und Bootstrailer) sowie des Wasserrettungsdienstes (DLRG etc.). Die neue Straßenführung im Sinne der Bemessung von Zu- und Durchfahrten einschließlich deren Befestigung sollte sich an der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur über Flächen für Rettungsgeräte der Feuerwehr auf Grundstücken und Zufahrten (§ 2 LBOAVO & VwV Feuerwehrflächen) orientieren. Die Ausführungsplanung ist mit der zuständigen Brandschutzdienststelle (hier: Feuerwehr Rastatt) vorher abzustimmen.</p>	<p>j. Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen und berücksichtigt. Die Anmerkung wurde in die Hinweise aufgenommen.</p> <p>k. Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.</p> <p>l. Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen. Das Regierungspräsidium Karlsruhe – Abteilung 4 wird zur Offenlage beteiligt.</p> <p>m. Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen. Diese Vorgaben sind in der Planung eingehalten. Die Verkehrsflächen sind für Fahrzeuge mit größeren Abmessungen (doppelte Linienbusse und Reisebusse) ausgelegt entsprechend sind die erforderlichen Bewegungsflächen und das benötigte Lichtraumprofil für Feuerwehrlöschfahrzeuge gewährleistet.</p>
--	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Bebauungsplan „Rheinpromenade“ in Rastatt-Plittersdorf

Behandlung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sowie der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB

	<p>n. Forst Die Stellungnahme wird kurzfristig nachgereicht.</p> <p>o. Abfallwirtschaftsbetrieb Der Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Rastatt (AWB) geht nach den Planunterlagen davon aus, dass keine Änderungen der Breite und/oder der Gestaltung der Straße vorgesehen sind, welche die Abfallentsorgung (Leerung der Abfallbehälter) im Auftrag des AWB als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger in Frage stellt oder ausschließt. Die grundsätzlichen Vorgaben für die Befahrung von Straßen mit den im Landkreis Rastatt eingesetzten 3-achsigen, 10,3 m langen, 2,55 m breiten und bis zu 26 t schweren Abfallsammelfahrzeugen (ASF) mit einer Achslast von 12 t werden der Vollständigkeit halber im Folgenden aufgelistet:</p> <p>Straßen mit Begegnungsverkehr müssen bei geradem Straßenverlauf eine Breite von mindestens 5,50 m aufweisen (4,50 m zuzüglich 2 x 0,50 m seitlicher Sicherheitsabstand). In Kurven- und Einmündungsbereichen liegt ein erhöhter Platzbedarf vor. Schleppkurven und Abbiegeradien müssen im gesamten Straßenverlauf ggf. einschließlich Wendeanlage für 3-achsige ASF ausgelegt sein. Die benötigten Freihaltezonen und seitlichen Sicherheitsabstände sind im öffentlichen Straßenraum einzuplanen. Damit ASF Straßen dauerhaft hindernisfrei befahren können, ist sicherzustellen, dass in das Fahrprofil bis in eine Höhe von 4,50 m keine Gegenstände wie z.B. starke Äste hineinragen. Die Müllsammelgefäße sind von den Tonnennutzern am Rand öffentlicher Erschließungsstraßen bereitzustellen. Die Tragfestigkeit aller von ASF zu befahrenden Straßen muss auf deren Gewicht von bis zu 26 t bei einer Achslast von 12 t ausgelegt sein.</p>	<p>n. Die Stellungnahme wurde am 30. November 2021 eingereicht (siehe 2).</p> <p>o. Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen. Diese Vorgaben sind in der Planung eingehalten. Die Dimensionierung der Verkehrsflächen erfolgt entsprechend den RStO 12 für die Befahrbarkeit von Busverkehr mindestens in einer Belastungsklasse BK 1,8. Die Nutzung für ASF ist damit unproblematisch.</p>
<p>8 Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes,</p>	<p>a. Zufahrten Die vorhandenen Zufahrten zum Bauhafen Plittersdorf, Pegel Plittersdorf und der Nato-Rampe Plittersdorf-Seltz sind weiterhin mit einem LKW und Kommunaltraktor zu gewährleisten.</p>	<p>a. Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen Die Zufahrt zum Bauhafen liegt außerhalb des Bebauungsplans und wird nicht geändert.</p>

<p>Stellungnahme vom 7. Dezember 2021</p>	<p>b. Hochwassersicherheit Die Bebauung der Flächen ist hochwassersicher auszuführen.</p> <p>c. Beleuchtung Die Beleuchtung ist blendfrei einzurichten. Sie darf die Erkennbarkeit der Schifffahrtszeichen nicht beeinträchtigen, nicht zur Verwechslung mit Schifffahrtszeichen führen und keine für die Schifffahrt beeinträchtigenden Reflexionen auf dem Wasser hervorrufen. Dies ist auch bei einer Baustellenbeleuchtung zu beachten.</p> <p>d. Ablagerung von Material Innerhalb des Überschwemmungsgebietes darf Material nur vorübergehend gelagert werden. Es dürfen keine Gegenstände in die Bundeswasserstraße gelangen, die den für die Schifffahrt erforderlichen Zustand der Bundeswasserstraße oder die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf dieser beeinträchtigen.</p>	<p>b. Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen Die Hochwassereingepasste Bauweise ist bereits festgesetzt.</p> <p>c. Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen und berücksichtigt. Die Anmerkung wurde in die Hinweise aufgenommen.</p> <p>d. Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen und berücksichtigt. Die Anmerkung wurde in die Hinweise aufgenommen.</p>
<p>9. Regionalverband Mittlerer Oberrhein, Stellungnahme vom 8. Dezember 2021</p>	<p>Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes (ca. 1,0 ha) liegt gemäß dem gültigen Regionalplan Mittlerer Oberrhein in einem Regionalen Grünzug. Nach Plansatz 3.2.2 Z (1) sind Regionale Grünzüge als großflächige, zusammenhängende Teile der freien Landschaft für ökologische Funktionen oder für Freiraumnutzungen einschließlich der Erholung zu erhalten. Eine Inanspruchnahme für Verkehrsanlagen ist in begründeten Fällen möglich, wenn ihre Realisierung der genannten Zielsetzung nicht entgegensteht. Bei der Durchführung unvermeidbarer Maßnahmen ist dem Schutz ökologisch sensibler Bereichen eine besondere Bedeutung beizumessen.</p> <p>a. Parkplatz Im Nordosten des Geltungsbereiches wird für Verkehrsflächen ein ca. 0,25 ha großer Waldbestand in Anspruch genommen. Wir bitten die Be-</p>	<p>a. Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen und berücksichtigt.</p>

Bebauungsplan „Rheinpromenade“ in Rastatt-Plittersdorf

Behandlung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sowie der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB

	<p>gründung zum Bebauungsplan um eine Herleitung des erforderlichen Bedarfs an Stellplätzen sowie um Angaben darüber, ob durch ein verändertes Nutzungskonzept die erforderlichen Stellplätze ohne eine Inanspruchnahme des Waldbestands realisiert werden können, zu ergänzen. Darüber hinaus bitten wir zu prüfen, ob es möglich ist, alle PKW-Stellplätze wasserdurchlässig zu gestalten.</p> <p>b. Retentionsverlust</p> <p>Der Geltungsbereich ist auch als Schutzbedürftiger Bereich für den vorbeugenden Hochwasserschutz (Vorranggebiet) festgelegt. Nach Plansatz 3.3.5.2 Z (1) des Regionalplans sind zwingende Vorhaben und Maßnahmen im öffentlichen Interesse nur möglich, wenn eine Erhöhung des Schadenspotenzials nicht zu befürchten ist, kein Verlust an Retentionsraum erfolgt bzw. ein gleichwertiger Ausgleich dafür geschaffen wird und keine Verlagerung des Gefahrenpotenzials erfolgt. Für den Bau des Parkplatzes ist eine Aufschüttung im Osten der Fläche vorgesehen. Als Retentionsausgleich soll die Maßnahme „Vertiefung von drei Schluten“ aus dem INTERREG-Projekt Rheinpromenade angerechnet werden. Wir bitten, in der Begründung darzulegen, dass die Voraussetzungen gemäß Plansatz 3.3.5.2 Z (1) mit der vorliegenden Planung erfüllt werden. Darüber hinaus bitten wir um weitere Beteiligung am Verfahren.</p>	<p>Die Anmerkung wurde in die Begründung eingearbeitet.</p> <p>b. Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen und berücksichtigt</p> <p>Die Anmerkung wurde in die Hinweise und in die Begründung eingearbeitet.</p>
<p>10. LNV-AK Rastatt /Baden-Baden, Stellungnahme vom 12. Dezember 2021</p>	<p>Gegen die Erweiterung der Parkflächen und die Errichtung eines neuen Gebäudes im Bereich des Fähranlegers Plittersdorf bestehen keine grundsätzlichen Einwände. Allerdings wird insbesondere die Beleuchtung der Anlage kritisch gesehen und eine weitergehende Klärung bzw. ergänzende Maßnahmen werden für notwendig erachtet. Auch der vorgesehene Versiegelungsgrad wird als zu hoch bewertet.</p> <p>Dies wird im Folgenden näher erläutert.</p> <p>a. Flugkorridor</p> <p>Wegen des unmittelbar angrenzenden Naturschutzgebietes „Rastatter Rheinaue“ wird der Eingriff insbesondere für die Artengruppe der Fledermäuse kritisch gesehen. Die durch das Büro Mailänder (2020) durchge-</p>	<p>a. Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.</p>

	<p>fürten Bestandserhebungen ermittelten ein Spektrum von (mindestens) zehn Arten, davon drei Arten, die im Anhang II der FFH-Richtlinie geführt werden und als Schutzziele für das betroffene FFH-Gebiet „Rheinniederung zwischen Wintersdorf und Karlsruhe“ gelten:</p> <p>Bechsteinfledermaus (<i>Myotis bechsteini</i>) Großes Mausohr (<i>Myotis myotis</i>) Wimperfledermaus (<i>Myotis emarginatus</i>)</p> <p>Der Waldbereich des Naturschutzgebiets wird von diesen Arten als Flugkorridor in Nord- Süd-Richtung genutzt. Auf Unterbrechungen dieser Gehölzstrukturen reagieren diese Arten ebenso empfindlich, wie auf künstliches Licht.</p> <p>Die als Ausgleichsmaßnahme vorgesehene Neupflanzung von Bäumen östlich der Gaststätte wird mit Blick auf die Korridorwirkung für die Fledermäuse unterstützt.</p> <p>b. Beleuchtung</p> <p>Die Vorgaben für die Beleuchtung werden als unzureichend gewertet. Zwar ist die technische Ausstattung der Beleuchtungskörper ausreichend:</p> <p>LED-Licht bis max. 3000 Kelvin Beleuchtungsrichtung ausschließlich nach unten Staubdichte Gehäuse Oberflächentemperatur bis max. 40° Celsius.</p> <p>Die unmittelbare Nähe zum Naturschutzgebiet erfordert jedoch darüber hinaus gehende Regelungen, um negative Auswirkungen auf die nachtaktive Tierwelt auszuschließen, nicht nur für Fledermäuse. Vor allem nachaktive Insekten sind vor negativen Lichteinflüssen zu schützen.</p> <p>Die unterzeichnenden Verbände fordern entsprechend § 21 NatSchG sowohl eine strikte Beschränkung der Beleuchtungsdauer als auch eine wirksame Abschirmung der Anlage gegenüber dem Naturschutzgebiet. Hierzu der Gesetzestext:</p>	<p>b. Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen und teilweise berücksichtigt.</p> <p>In dem Umweltbericht sowie in den Festsetzungen und Hinweisen des Bebauungsplans wurden ergänzende Regelungen zur Beschränkung der Beleuchtungsdauer im Randbereich der Parkanlage bis 22:00 Uhr und zur maximalen Abstrahlung von Leuchten in den angrenzenden Wald von 0,1 Lux (Flächen (vergleichbar mit einer typischen Vollmondnacht) aufgenommen.</p> <p>Die Pflanzung eines dichten Waldmantels um die Parkanlage zur Abschirmung gegenüber dem Wald ist aufgrund fehlender Fläche nicht möglich. Es ist davon auszugehen, dass sich im angrenzenden, neuen Waldrand rasch eine dichte Strauchschicht</p>
--	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Bebauungsplan „Rheinpromenade“ in Rastatt-Plittersdorf

Behandlung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sowie der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB

	<p>§ 21 Beleuchtungsanlagen, Werbeanlagen, Himmelsstrahler (1) Eingriffe in die Insektenfauna durch künstliche Beleuchtung im Außenbereich sind zu vermeiden. Beim Aufstellen von Beleuchtungsanlagen im Außenbereich müssen die Auswirkungen auf die Insektenfauna, insbesondere deren Beeinträchtigung und Schädigung, überprüft und die Ziele des Artenschutzes berücksichtigt werden. Beleuchtungen, die sich in Naturschutzgebieten, Nationalparks, Naturdenkmälern, geschützten Landschaftsbestandteilen und gesetzlich geschützten Biotopen befinden oder in diese hineinstrahlen, sind, soweit sie nicht aus Gründen der Verkehrssicherheit erforderlich sind, nur in Ausnahmefällen von der zuständigen Naturschutzbehörde oder mit deren Einvernehmen zu genehmigen.</p> <p>Es ist festzustellen, dass die gesetzlich geforderte Überprüfung der Lichtwirkung auf die Insektenfauna nach den uns vorliegenden Informationen in diesem Verfahren nicht erfolgt ist.</p> <p>Die Beleuchtungsanlagen würden zwar nicht im Naturschutzgebiet aufgestellt, doch bedarf deren Installation nach Auffassung der Verbände wegen der Wirkung in dieses hinein einer Ausnahme im Sinne des Gesetzes.</p> <p>Folgende Punkte sind in dieser Ausnahme zu regeln: Die Beleuchtung ist zumindest in den Randbereichen der Parkanlage spätestens um 22.00 Uhr abzuschalten.</p> <p>Um die Parkanlage ist ein dichter Waldmantel aus gebietsheimischen und hochwassertoleranten Gehölzen zu pflanzen, um eine optimale Abschirmung gegenüber dem Wald zu erreichen.</p> <p>Auswirkungen der Beleuchtung auf das Naturschutzgebiet sind durch regelmäßige Erfassungen von Nachtfaltern und Fledermäusen dauerhaft zu untersuchen. Ein Turnus von längstens fünf Jahren wird vorgeschlagen.</p>	<p>entwickeln wird (produktiver Auestandort), die eine zusätzliche Abschirmung des Waldesinneren bewirkt. Bei Bedarf wird die Entwicklung einer dichten Strauchschicht durch Nachpflanzungen unterstützt. Im Umweltbericht erfolgte eine entsprechende Ergänzung.</p> <p>Bezüglich Lichtimmissionen ist davon auszugehen, dass der Bereich der Rheinpromenade insbesondere durch bereits vorhandene Beleuchtungen im angrenzenden bebauten Bereich, am Fähranleger und entlang der L77 vorbelastet ist.</p> <p>Vorhabensbedingt wird der Schwerpunkt auf die Vermeidung von Beeinträchtigungen durch Lichtemissionen/ -immissionen gelegt. Mit diesen Vermeidungsmaßnahmen wird sichergestellt, dass keine relevanten Mehrbelastungen für Nachtfalter und Fledermäuse entstehen.</p> <p>Regelmäßige Erfassungen von Nachtfaltern und Fledermäusen im Rahmen eines Monitorings scheint dem Vorhabenumfang und seinen Auswirkungen deshalb nicht angemessen.</p> <p>Das Vorkommen lichtempfindlicher Insektenarten nach dem Artenschutzprogramm Baden-Württemberg im Umfeld der Rheinpromenade wurde geprüft. Es sind keine Vorkommen bekannt.</p>
--	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Bebauungsplan „Rheinpromenade“ in Rastatt-Plittersdorf

Behandlung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sowie der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB

	<p>Es wird um Auskunft darüber gebeten, inwiefern Vorkommen lichtempfindlicher Insektenarten nach dem Artenschutzprogramm Baden-Württemberg im Umfeld der geplanten Anlage bekannt sind. In diesem Fall wären möglicherweise zusätzliche Maßnahmen erforderlich.</p> <p>c. Versiegelung</p> <p>Im Bebauungsplan wird ein Versiegelungsgrad von 55% festgelegt. Dieser sollte zugunsten wassergebundener Decken bzw. Befestigungen mit Rasengittersteinen in maximal möglichem Umfang weiter reduziert werden. Im Sinne der „Netto-Null“ bei einer neuen Flächenversiegelung vermissen die Verbände entsprechende Entsiegelungsmaßnahmen. Diese werden hiermit eingefordert.</p>	<p>c. Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen und teilweise berücksichtigt.</p> <p>Die Bodenversiegelung wurde bereits auf das Minimum geplant.</p> <p>Eine gewisse Versiegelung ist im Überschwemmungsgebiet notwendig, da jede wassergebundene Decke durch Hochwasser gefährdet ist. Die Anzahl an Besuchern ist hoch, dementsprechend müssen die Wege asphaltiert werden. Auch die ÖPNV und Reisebusse benötigen versiegelte Flächen. Die Stellplätze werden aufgeteilt: Um eine dauerhafte Nutzung zu gewährleisten müssen 55% der Stellplätze versiegelt werden, 45% werden mit wassergebundener Decke gestaltet. Bei Fahrradstellplätzen wird, trotz erhöhtem Pflege-Aufwand, keine Versiegelung vorgenommen.</p> <p>Ein Teil des heutigen Parkplatzes wird entsiegelt. Die Betrachtung dieser Fläche wird im Umweltbericht eingearbeitet.</p>
<p>11. RP Karlsruhe, Referat 53.1 und 53.2, Landesbetrieb Gewässer, Stellungnahme vom 23. November 2021</p>	<p>Der Landesbetrieb Gewässer des Regierungspräsidiums Karlsruhe ist von dem Bebauungsplan nicht betroffen, da der Rhein Bundeswasserstraße ist. Wir sehen hier das Wasser- und Schifffahrtsamt welches für den Rhein als Bundeswasserstraße zuständig ist und ggf. das Referat Naturschutz bei uns im Haus betroffen.</p> <p>Unsere weitere Beteiligung im Verfahren ist nicht erforderlich</p>	<p>Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.</p>

Bebauungsplan „Rheinpromenade“ in Rastatt-Plittersdorf

Behandlung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sowie der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB

<p>12. RP Karlsruhe, Abteilung 2 – Wirtschaft, Raumordnung, Bau-, Bau- denkmal- und Gesund- heitswesen, Stellungnahme vom 15. De- zember 2021</p>	<p>Als eine Maßnahme aus dem Dorfentwicklungskonzept 2016 soll das Umfeld (Fläche ca. 1 ha) des Fähranlegers Plittersdorf-Seltz bzw. der nördlich gelegenen Anlegestelle für Flusskreuzfahrtschiffe neu gestaltet werden. Geplant ist eine öffentliche Grünfläche (Liegewiese) in unmittelbarer Nähe zum Rhein sowie die Strukturierung der Verkehrsführung: der Parkplatz wird nach Norden verlagert, insgesamt werden 4 Busparkplätze, 92 Pkw- und 60 Fahrradstellplätze geschaffen. Im zentralen Bereich ist eine ÖPNV-Haltstelle im Zusammenhang mit einem Infrastrukturgebäude (Sanitäreanlage, Kiosk, Informationspunkt) vorgesehen.</p> <p>Der Regionalplan Mittlerer Oberrhein 2003 legt den Bereich als Regionalen Grünzug fest. Gemäß Plansatz 3.2.3 Z (1) nehmen Regionale Grünzüge Ausgleichsfunktionen für die besiedelten Flächen wahr. Sie sind als großflächige, zusammenhängende Teile der freien Landschaft für ökologische Funktionen oder für Freiraumnutzungen einschließlich der Erholung zu erhalten. Die bauliche Nutzung ist ausgeschlossen. Gemäß G (2) ist die Inanspruchnahme für Verkehrsanlagen in begründeten Fällen möglich, wenn ihre Realisierung der genannten Zielsetzung nicht entgegensteht. Dem Schutz ökologisch sensibler Bereiche ist eine besondere Bedeutung beizumessen. Zudem ist ein Schutzbedürftiger Bereich für den vorbeugenden Hochwasserschutz festgelegt.</p> <p>Der vorliegende Bebauungsplan dient der Freiraumgestaltung bzw. der Verbesserung der Erholungsfunktion am Rheinufer und entspricht damit grundsätzlich der Zielsetzung des Regionalen Grünzugs. Die Intensivierung des Versiegelungsgrades sowie der Eingriff in den Waldbestand sollte vor dem Hintergrund der Erhaltung ökologischer Funktionen jedoch kritisch geprüft werden.</p> <p>Im Rahmen der weiteren Ausarbeitung der Planung bitten wir daher um folgende Ergänzungen:</p> <ul style="list-style-type: none">• Herleitung der Anzahl erforderlicher Stellplätze (Bus/Pkw) und Ergän-	<p>Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen und berücksichtigt. Die Anmerkung wurde in die Begründung eingearbeitet.</p>

Bebauungsplan „Rheinpromenade“ in Rastatt-Plittersdorf

Behandlung der Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sowie der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB

	zung in der Bebauungsplanbegründung <ul style="list-style-type: none">• Herstellung aller Stellplätze mit wasserdurchlässigem Belag• Prüfung der Reduzierung der Waldinanspruchnahme• Prüfung der Reduzierung der Flächenversiegelung Zudem bitten wir um Beteiligung am weiteren Verfahren.	
--	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--

Folgende am Verfahren beteiligte Stellen haben keine Stellungnahme abgegeben:

BUND Landesverband Baden-Württemberg e.V.

Stadtwerke

Landesfischereiverband Baden-Württemberg e.V.

Landesjagdverband Baden-Württemberg e.V.

Arbeitsgemeinschaft der Naturfreunde in Baden-Württemberg e.V.

Regierungspräsidium, referat 52: Ralph-Dieter Görnert

Gemeinde Seltz